

B e r i c h t**TOP: Berichtswesen: Entwicklung der Haushaltswirtschaft****Vorgesehene Beratungsfolge:**Ausschuss für Beteiligungen, Organisation und
Finanzentwicklung**Termine:**

01.12.2005

Bericht:Erwähnenswerte Abweichungen:

- Die Gewerbesteuer ist weiterhin nicht einschätzbar. Allerdings ist die erhoffte positive Entwicklung eingetreten. Zur Zeit ist der Ansatz (39,5 Mio. €) mit 39,2 Mio. € knapp erreicht (von dem Anordnungssoll müssen rd. 823.411 € als nicht einbringliche und in Abgang gestellte Forderungen abgezogen werden). Verfahrensmäßig ergeben sich aber ab Dezember keine Zugänge mehr, sondern nur noch Abgänge, die nicht eingeschätzt werden können. Außerdem führt das gestiegene Aufkommen zu einer höheren Abrechnung der Gewerbesteuerumlage 2005 in 2006.
- Auch der Anteil an der Einkommensteuer ist nicht zuverlässig einschätzbar. Für 2005 ist eine Mindereinnahme von 1,4 Mio. € zu verzeichnen.
- Für die Kreisumlage mussten 632.000 € zusätzlich bereitgestellt werden (Erhöhung der Landschaftsumlage, Entwicklung Hartz IV).
- Die Personalausgaben wurden bei der Ermittlung des Haushaltsansatzes um 1,3 Mio. € reduziert mit dem Ziel, diesen Betrag im Laufe des Jahres einzusparen (siehe auch Vorbericht Seite –V 25-). Dieses Ziel lässt sich in der geplanten Höhe nicht erreichen. Insofern ist mit einer erheblichen überplanmäßigen Ausgabe (ca. 1 Mio. €) zu rechnen. Diese Mehrausgabe lässt sich größtenteils durch die im Rahmen der Haushaltssperre eingesparten Mittel decken.

- Die Haushaltssperre erfasst ein Ansatzvolumen von rd. 4,4 Mio. € mit 20 % = 880.000 €. Außer im Bereich des Jugendamts (höhere Fallzahlen im Fall der Unterbringung von Jugendlichen, zusätzliche Zuschüsse für kirchliche Kindertagesstätten) ist damit zu rechnen, dass die erwarteten Einsparungen mit der Sperre erzielt werden.
- Für den Rathausumbau wurden zusätzlich 1,3 € Mio. bewilligt.

Abschließend ist für 2005 festzustellen, dass angesichts der aktuellen Entwicklung der Gewerbesteuer möglicherweise das Jahresergebnis unter Berücksichtigung der zusätzlichen Entnahme von 3,3 Mio. € als Deckungsvorschlag für zusätzliche Belastungen gegenüber der Planung nicht wesentlich verschlechtert wird. Dies ist aber absolut kein Grund zur Entwarnung.

Dies führt zunächst lediglich dazu, dass der Planfehlbetrag von 3,5 Mio. € im Haushalt 2005 nicht noch weiter verschlechtert und damit das Haushaltsjahr 2006 nicht noch zusätzlich belastet wird (Abdeckung des Fehlbetrages). Die verfügbaren Rücklagemittel sind mit den Deckungsvorschlägen für 2005 und der Planung für 2006 aufgebraucht

Für 2006 sind weiterhin die Defizite von 15,2 Mio. € für den Verwaltungshaushalt (darin 3,5 Mio. € aus 2005) und 7,1 Mio. € für den Vermögenshaushalt aktuell. Insbesondere die Zahlen zum Finanzausgleich basieren auf eigenen Einschätzungen, da Probeberechnungen und Orientierungsdaten bisher nicht vorliegen. Insoweit sind die Zahlen vorläufig. Hinzu kommt allerdings eine weitere Erhöhung des Kreisumlagesatzes, wodurch sich die Finanzlage zusätzlich verschärft.

Lüdenscheid, den 01.12.2005

In Vertretung:

Blasweiler
Stadtkämmerer